

Freiwillige Unfall-Versicherung
nach Maßgabe der anstehenden Bedingungen. Erscheint
täglich. Monatlicher Beitrag 1,00 M., durch die Voti
besogen vierteljährlich 4,00 M., mir in der Graubau-
oder Juchelung der Zeitung gebührt. Ab, bei der Versicherung
teine Beiträge an Versicherung oder Nachversicherung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Beitragspreises.

48. Jahrgang

(Sitzung vom 22. April.)

Der Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung der Nachweisung über die Höhe und die Verwendung der Lebereschüsse der preußischen Reichsgeschützverträge. — Abg. Sprenger (D.): Die Lebereschüsse betragen nach der Aufstellung 110 Millionen, aber es fehlt der Nachweis, daß die Lebereschüsse nicht wirklich voll erfüllt worden sind. Es wird nicht sein, daß die Vorlage in einem besonderen Auszug von 21 Millionen zu beraten. — Abg. von der Osten (D-M.): Über den 110 Millionen sind sicher noch viele weitere Millionen an Lebereschüssen vorhanden. Die Lebereschüsse bestimmungsgemäß verwendet worden sind, ergibt sich aus der Nachweisung nicht. Auch die Verwendung der Mittel muß geregelt werden. Die entsprechenden Beratung der Vorlage im Haushaltsausschuß. — Abg. Scherermann (D.): Mit den Zahlungsmittelverrechnungen der Lebereschüsse muß endlich aufgeräumt werden. Es ist beispielsweise, eine von geringer Bedeutung die Regierung dem Reichstag festsetzt, da kein einziger ihrer Vertreter zugegen ist. — Abg. Feid (D. W.): Von den Lebereschüssen sind 110 Millionen von Futtermitteln, die doch mit an erster Stelle stehen müssen, gegen 5-Millionen angegeben worden. — Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß. — Nach Erledigung einer Reihe von Eingaben wird die Be-

(VII) In einer von dem Vorigen der deutschen Friedensdelegation in Paris dem Präsidenten des Friedenskonferenzen übergebenen Note ist darauf hingewiesen worden, daß infolge der bis zum 21. April durchgeführten Verminderung die Kopfzahl der Truppen in der 50 Km.-Zone auf die zulässige Zahl nicht mehr übersteigt, daß nur noch ein Viertel der Verbände um 10/13 Infanteriebataillone und 10/13 Batterien überschritten ist. Die weitere Verminderung der Verbände ist im gegenwärtigen Augenblick nicht angängig, da die Durchführung der persönlichen Maßnahmen in stark vergrößerten und höchst beinahe gelegenen Drähtchen es besonders vorteilhaft erscheinen läßt, kleine Verbände zu verwenden. Unter diesen Umständen hat die deutsche Regierung beschlossen, daß die zulässige Truppenzahl entsprechend früheren Entwürfen lediglich nach Köpfen bemessen werde. Beschäftigt mit dieser Aufgabe ist am Befehlshaber von 11 Batterien in der 60 Km.-Zone gebeten worden. Die deutsche Regierung glaubt, daß sie mit dem am 21. April vorhandenen Truppen die Deckung ausreichend erhalten kann. Insbesondere rechnet sie nie auf eine größere Anzahl von Verbänden zu kommen. Sie muß aber mit besonderem Ernst und in dem Bewußtsein ihrer Verantwortung immer wieder darauf hinweisen, wie wichtig es ist, immer wieder für die Ruhe, Sicherheit und Ordnung in den Gebieten einfließen zu können, welche den Kern des deutschen zivilisierten Lebens bilden. Werden hier in dieser Hinsicht die Hände gefesselt, so muß sich unvermeidlich jede Eile zur Ruhe auf das ganze Reichgebiet übertragen. Dadurch wird das Land immer wieder an den Rand des Abgrundes gebracht und dadurch würde auch die Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages gefährdet werden. — Dem Vorigen sind des interalliierten Beobachtungsausschusses für das Saarland, General Wolff, ist außerdem eine genaue Übersicht der Truppenverbände in der 50 Km.-Zone beigefügt worden.

(TU) Aus dem berglichen Lande werden fest
Einzelheiten gemeldet, aus denen deutlich
hervorgeht, daß gegenwärtig in der That eine neu
vorparatirte Bewegung vorbereitet wird. De
hauptauf der Agitatoren ist gegenwärtig an
Gehändt Mensch. Außerdem werden auch
in Barmen und Solingen umfangreiche
Vorbereitungen für den gleichen Zweck getrof
fen. In Remscheid besteht die Sicherheitswehr
aus Kommunisten und Unabgängigen, welch
e die Waffenabgabe und die Zurückführung der
Mittelgüter der roten Armee regeln. Die
Schützen der verlagene Aus fast alle
sind in diese Dinge keinen Ein
blick des berglichen Lande. Aus fast alle
wird aber gemeldet, daß dort die Waffe
abgabe im Verhältniß zu den großen We
sen an Waffen und Heeresgerät, die von de
roten Armee auf ihrem Mittelgüter ins berglich
Land verschickt worden sind, gerade be
deutend gering gewesen ist. Beschäft
den in Remscheid führende Separatisten, au
der Mittelglieder der früheren Heiter Zentral
leitung, die sich immer noch in Barmen auf
halten, gesehen. Die Kommunisten halten un
geheört Versammlungen ab, in denen
zum Durchhalten und zum Weiter
kämpfen aufgefordert wird. Die Kom
munalabgeordneten stehen unter dem stärksten Druck
der unabhängigen und kommunistischen Grup
pen. In den Kreisen der Birgehaft in
denen überzeugt, daß im berglichen Land
die Vorbereitungen zur Bildung
einer neuen roten Armee getroffen

Die kettischen Friedensbedingungen erklären
Toske in den Hauptzügen für annehm-
bar. Die russische Regierung müsse die Ho-
derung auf Ersatz von Kriegsschäden ablei-
nen, da dies eine Kriegsentwädigung in
anderer Form sei, ebenso könne sie keine be-
sonderen Zugeständnisse machen für die Be-
nugung der kettischen Hilfe, da die
auf Kosten des ganzen russischen Reiches

— (Die Behandlung der deutschen Fragen.) Da die Erledigung der schwebenden Fragen in San Remo nur äußerst langsam vor sich geht, dürfen die deutschen Fragen nicht mehr in San Remo, sondern erst im Mai auf der neuen Konferenz in Paris behandelt werden.
— (Frankreich fordert die Kohlen.) Die Weberuntersuchungskommission, deren Vorsitz der fest Größendirektor Princarese ist, hat die Essener Exportkommission mitgeteilt, daß ihre Zustimmung für weitere Kohlenlieferungen an Holland nicht erteilt. Zunächst verlangt Frankreich die volle Menge Kohlen, die auf Grund des Friedensbetrages geliefert werden müsse. Solange diese Lieferungen nicht ausgeführt werden, will die Kommission keine neuen Lieferungsverträge mit neutralen Staaten abschließen lassen.

tere Teile des Kreises wohnhaft an zu reißen. Die belgische Regierung hat erklärt, daß die Bahnstrecke, die den Kreis durchzöge als Grenze ungeeignet wäre, sie fordert daher, die Grenzlinie östlich der Bahn zu verlegen. Die belgische Regierung scheint dabei vor allem von der Absicht geleitet zu sein, den Truppenübungsplatz Esenborn und einen innerhalb des von ihr geforderten Gebietes liegenden Forst im Werte von 50 Millionen

Die Kriegs- und Zivilgefangenen teilt mit dem Dampfer „Capetown Maru“ mit deutscher Kriegsgefangenen aus Sibibirien wird Blawost Ende April verlassen. Es verbleiben nur noch 400 deutsche Gefangene südlich der Baikalsee. Der deutsche Fürsorgekommission in Blawost ist es gelungen, Verbindung mit den Gendern in Irkussibirien aufzunehmen. Die ersten 1000 Mann aus der Gegend von Irkussk werden voraussichtlich im Juni Blawost einstreifen, um von da auf der Seeboje abtransportiert zu werden.

von Philadelphia nach Kofta unterwegs,
die den Vereinigten Staaten zugehört
mals deutschen Kriegsschiffe zu übernehmen
Darunter befinden sich auch 1 Kreuzer u
3 Torpedobootzerstörer.

Untersuchungsausschusses über die Vorgeschichte des Weltkrieges zur Aufgabe. Der Ausschuss hat eine Reihe der wichtigsten Persönlichkeiten über die Vorgänge bei Ausbruch des Krieges befragt, vor allen die deutschen Staatsmänner, die 1914 die Geschicke des Reiches leiteten. Die Antworten beziehen sich auf die Zusammenhänge der internationalen Politik in ausführlichen Darlegungen, auf die militärischen Vorbereitungen in Deutschland und in den anderen Ländern, auf die Entschlüsse des Kaiser und seiner Umgebung im Jagen. Potsdam, Kronrat und endlich auf die von der Regierung getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen.

Parlamentenier-Politikern Nachrichten" Minister Seegering erklärt haben, die Rück-
rufung der Truppen aus dem Indusgebiet be-
gann habe bereits begonnen. Ersatz werde, wo
erforderlich sei, von der grünen Polizei ge-
stellt. Dazu erzählt die „Dortm. Stg.“ v.
militärischer Seite: Die „Parl.-Pol. Nach-
richten" einer bedenkenlosen Fressfütterung zu-
späher gefallen sein. Daß Minister Seegering
derartiges erklärt haben sollte, muß als un-
geschicklich betrachtet werden. Als Minist.
wird er am besten wissen, daß kein Bataillon
der Reichswehr aus dem Indusgebiet

lage unmissig ist.

— (Personalveränderungen in der Heeresleitung.) Nach der Hausmann'schen Seite vom persönlichen Stabe des Reichswehrministeriums ist beurlaubt worden. Die das Vork. Tagesl. enthält, sehen weitere Personalveränderungen in der Heeresleitung, sowie auch in der Personalämtern bevor. Der persönliche Stab des Reichswehrministeriums soll dann aufgehoben werden. Major v. Götze will sich nach Oberbahrenbrück geben und auf Wunsch des Reichspräsidenten später einen Posten in der Reichswehr übernehmen.

gung und Selbstabkündigung gatte die Anordnung getroffen, daß das für den Dienstgebrauch bestimmte Umkleblatt der Eisenbahndirektion Rattowitz künftig in polnischer und deutscher Sprache zu erscheinen habe. Obwohl die Eisenbahndirektion Rattowitz, als auch die deutschpolnischen Vertreter der Eisenbahnbeamten- und Arbeiter haben dagegen energisch protestiert und die Zurücknahme dieser Verfügung beantragt, da die zweisprachige Handhabung des Betriebes schwere Gefahren in sich birge. Der Ausschuß hat darauf seine Anordnung beibehalten und wird zurückkommen.

gestellt worden. Die Truppen, die 3000 Mann stark sein sollten, tragen nicht die hechtblaue, sondern grün-blaue Uniformen. Soviel zu erfahren war, sollten die Truppen, die zum größten Teil aus Galiziern und Posenern bestanden, bis zum 3. Mai in dieser Gegend bleiben.

hat in Schiffsberg eine Konferenz der russischen kommunistischen Partei stattgefunden. In Ergetzki der Konferenz ist teilgenommen, die die Absicht befaßt, das nationalisierte Privateigentum, soweit das überhaupt noch möglich ist, seinen Eigentümern zurückzugeben. Es wurde beschlossen, die Propaganda für die Weltrevolution in den fremden Staaten einzustellen, und diese für die Weltrevolution noch nicht vor-

Eisenbahnen. Verboten ist es neuerdings, den Dienst auch für wenige Minuten zu verlassen. Politische Versammlungen während des Arbeitsverstaßes, Zeitungen zu lesen usw. Arbeiter, die ihre Genossen während der Arbeit überreden oder sonst Desorganisation in die Werke hineinbringen, werden mit den strengsten Strafen (Zwangsarbeit bis zur Dauer von 15 Jahren) bestraft. Zur Hebung der Produktivität ist in den Eisenbahnerverhältnissen der Affordismus eingeführt. Streiks sind verboten. Sabotage ist strafbar: Wer wird mit dem Tode bestraft. Arbeiter, die das vorgeschriebene Arbeitsmaß in der gewöhnlichen Zeit nicht leisten, müssen Hebe-

zialistischen Fraktion der Hamburger Bürger
schaft zeigten dem Vorstand der Bürgercha

Nachdem ein Treder, der die erste
Rundungsbänke des Defektfließes ab-
mittelte, in Gellow bei Potsdam verhaftet wor-
den, wo er sich unter dem Namen Karl Schul-
dig aufgehalten hatte. Ferner wurde in Grefes-
hagen anlässlich einer Mägia bei Studentenden-
kungen und Privatpersonen der Hauptmann
Gence aus einem Gute festgenommen und in
Schwaben verhaftet.

Der Leiter der christlichen Gewerkschaften Bayerns erklärte öffentlich, daß die christliche Arbeiter und Angeestellten den 1. Mai nicht feiern werden.

— (Hörsz wird ausgeschrieben.) Hörsz wird ausgeschrieben werden. Die tschechische Regierung gedächst ihm keinerlei Schutz und wird ihn als gewöhnlichen Verwahrer behandeln.

(Sitzung vom 22. April)

Der Gesammtvortrag über die öffentliche Kruppel-
fährte steht zur ersten Beratung. — Abg. Dr.
Schmedding (3): Nach der Vorlage sind die Landes-
Armenverbände verpflichtet, für Nahrung, Wohnung und
Pflege der hilfsbedürftigen Geisteskranen, Epileptiker, Taub-
stummten, Blinden und Krüppel, soweit sie der Anstaltspflege
bedürfen, in geeigneten Anstalten Fährte zu treffen. So
wünscht sehr daran, ob die Landes-Armenverbände in der
Zuge sich werden, diese ungeheure Belastung zu tragen.
Unter diesen Umständen wird man es sich sehr überlegen
müssen, ob man der Vorlage in der jetzigen Fassung zu-
stimmen kann, sofern man auch dem Grundgedanken des
Gesetzes zustimmt. — Die Abgeordneten setzen zu der Vor-
lage grundsätzlich zustimmen, halten aber eine nochmalige
Beratung vor allem wegen der finanziellen Seite für er-
forderlich. Der Entwurf geht an den Ausschuß für Be-
währungsverwaltung. Der Gesammtvortrag über die Stellung von

